



Kirchheim.

Mitteilungen aus den Gemeindeteilen Kirchheim, Heimstetten, Hausen.

Gemeinsame Kolumne der Vertreter im Gemeinderat Ausgabe 38/2016



SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, VFW und LWK halten Wechsel der Rechtsberatung für schweren Fehler

In der letzten Gemeinderatssitzung (13.9.2016) hat der Bürgermeister nicht-öffentliche Beschlüsse bezüglich der gemeindlichen Rechtsberatung veröffentlicht. Nachfolgend unser Statement hierzu.

Seit 2014 wurde die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Kanzlei Fronhöfer von der CSU immer wieder in Frage gestellt. Im März 2016 stellte nun die CSU-Fraktion – zeitgleich mit Beginn der heißen Verhandlungsphase mit den Bauträgern – im Gemeinderat einen Antrag, der im Ergebnis die Beendigung des Beratungsmandats mit der Kanzlei bedeutete.

Zur Abwendung dieser Veränderung haben die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD und VFW sowie die Wählergruppierung LWK der Kanzlei ihr Vertrauen ausgesprochen. Wir sind überzeugt, dass das Beratungsmandat im Hinblick auf die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (SEM) unserer Ortsentwicklung mit der notwendigen Sorgfalt und Fachkenntnis ausgeführt wurde.

Trotz dieser fraktionsübergreifenden Aktion hat der Gemeinderat das Beratungsmandat der Kanzlei Fronhöfer derart beschnitten, dass diese die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Kirchheim zum 1. Juni 2016 nahezu fristlos beendet hat.

Wir halten die Beendigung der langjährigen Zusammenarbeit für einen schweren Fehler, da wir mit zusätzlichen Kosten für die Einarbeitung eines neuen Anwalts und mit erheblichen Risiken für unsere Gemeinde rechnen müssen. Auf unsere Nachfrage war es dem Bürgermeister leider nicht möglich, die Einarbeitungskosten und mögliche Risiken konkret einzuschätzen.

Die Gemeinde arbeitete seit vielen Jahren konstruktiv mit Herrn Dr. Paul Fronhöfer als Anwalt im Rahmen unserer Ortsentwicklungsplanung zusammen. Seine Beratung hatte wesentlichen Anteil daran, dass der Gemeinde heute ca. 1/3 aller Grundstücke im Ortskern zwischen Kirchheim und Heimstetten gehören. Auch die Ausgestaltung eines für die Gemeinde hervorragenden städtebaulichen Vertrags in 2006 und die Einführung der sozialgerechten Bodennutzung haben wir ihm mit zu verdanken. Es liegt sicherlich nicht an einer mangelhaften juristischen Beratung, dass in der Ortsmitte bisher nicht gebaut wurde. Hier sollten die CSU und vor allem der Bürgermeister selbstkritisch ihr bisheriges „Hüh und Hott“ hinterfragen.

Dieses Risiko sehen wir konkret: Wohl nicht zuletzt die Personalpolitik unseres Bürgermeisters hat dazu geführt, dass auch im Bauamt neues Führungspersonal eingestellt werden musste. Auf Seiten der Gemeinde ist jetzt mit dem Weggang des Rechtsanwalts niemand mehr im Amt, der die Beratungshistorie und die damit verbundenen Fallstricke kennt. Bauträger und Grundbesitzer haben hierdurch einen erheblichen Verhandlungsvorteil. Es geht bei diesem realen Monopolspiel für Gemeinde und Bauträger um viele Millionen Euro.

In dieser Situation die Verhandlungsposition der Gemeinde derart zu schwächen, halten wir für grob fahrlässig.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas Etterer
SPD-Fraktion

Rüdiger Zwarg
Grüne-Fraktion

Wolfgang Heinz-Fischer
VFW-Fraktion

Marcel Proffert
LWK-Fraktion